



Vierteiljährlicher Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 11/2 Sgr. Inserationsgebühren für den Raum einer fünfzeiligen Zeile in der Zeitungs- 1/4 Sgr.

Expedition: Herrnhuterstr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 417. Mittag-Ausgabe.

Siebenundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Freitag, den 7. September 1866.

Preußen.

O. K. C. Landtags-Verhandlungen.

14. Sitzung des Hauses der Abgeordneten. (6. Septbr.)

Eröffnung 10 1/2 Uhr. Die Tribünen sind mäßig besetzt. Am Ministertisch die Minister v. d. Heydt, Graf zu Eulenburg und v. Selchow. Präsident v. Forderbed zeigt den Eintritt der Abg. Dr. Tschow und Delowitz in das Haus an und überläßt den Vorsitz dem Vicepräsidenten Stabenhagen, der sofort in die Tagesordnung eintritt und zur Neuwahl des Präsidenten und der Vicepräsidenten sich anschickt. Vorher verlangt das Wort der

Abg. v. Arnim-Heinrichsdorf: M. S. Da die jetzige Session wahrscheinlich nicht mehr lange dauern wird, erlaube ich mir den Vorschlag zu machen, daß wir von der Wahl eines neuen Präsidiums abstrahiren und das bisherige, das sich ja durchaus bewährt hat, bis zum Schluß der Session fortbestehen lassen. Es möchte sich dies um so mehr empfehlen, da die Wahl so viel Zeit in Anspruch nimmt, auf der heutigen Tagesordnung aber noch verschiedene Gegenstände stehen, die uns längere Zeit beschäftigen werden.

Abg. v. Binde-Hagen: Den Vorschlag meines Herrn Vorredners unterstelle ich auf das Lebhafteste, wenn auch theilweise aus anderen Gründen; denn ich würde die Wiederwahl des gegenwärtigen Präsidiums durch Acclamation anempfehlen, nicht nur, weil wir vielleicht nur noch eine kurze Session vor uns haben, sondern gerade weil wir eine recht lange zu erwarten hätten, denn das Präsidium, und vorzugsweise der erste Präsident (da ja die anderen beiden seltener Gelegenheit fanden, sich ebenso zu bewähren) hat sich durch eine so unparteiliche und umsichtige Geschäftsführung nach allen Seiten hin ausgezeichnet, daß ja selbst seine entschiedensten politischen Gegner dies anerkennen müssen und die Fortdauer seines Präsidiums wünschen, und daß diejenigen, welche ihm schon früher ihre Stimmen gegeben haben, ihn wieder wählen werden, unterliegt doch wohl keinem Zweifel. Ich glaube deshalb, daß wir uns im Interesse der Abkürzung der Session über die formelle Bestimmung der Geschäftsordnung diesmal hinwegsetzen können und empfehle deshalb den Vorschlag meines Herrn Vorredners Namens meiner politischen Freunde auf das Allerentsehrteste. (Bravo rechts.)

Abg. Rohden: Ich kann leider dem Vorschlag der beiden Herren nicht beipflichten, da er gegen ausdrückliche Bestimmungen unserer Geschäftsordnung gerichtet ist; unsere Geschäftsordnung aber dürfen wir durch die Zeitströmungen nicht auch mit überfluthen lassen, sondern müssen sie überall aufrecht erhalten; ich lege deshalb gegen den Vorschlag ausdrücklich Protest ein. (Bravo links.)

Vicepräsident Abg. Stabenhagen: Ich glaube, daß durch diesen Protest die Sache erledigt ist, da wir die Geschäftsordnung doch nur dann überschreiten dürfen, wenn man allseitig damit einverstanden ist. Ich bitte deshalb, nunmehr zur Wahl des ersten Präsidenten zu schreiten.

Dies geschieht hierauf, indem die einzelnen Abgeordneten aufgerufen werden und ihre Wahlzettel in die Urne werfen.

Das Resultat der Wahl ist folgendes: abgegeben sind 297 Stimmentzettel, darunter 3 unbeschriebene, 2 mit „v. Arnim“ ohne nähere Bezeichnung beschriebene, also ungültig; mitthilb giltig 292, absolute Majorität 147. Es haben erhalten der Abg. von Forderbed 184. (Beifallsrufe von der rechten Seite.) von Arnim (Neukirch) 89, Dr. Walde 14, v. Hoyerbed 4, Dr. Jacoby 1 Stimme. Der Abg. v. Forderbed ist somit wiederum zum ersten Präsidenten des Hauses gewählt und übernimmt den Vorsitz mit folgenden Worten: Meine Herren! Ich danke Ihnen herzlich für das mir bewiesene große Vertrauen. Ich werde die Geschäfte nach denselben Grundsätzen fortführen, nach welchen ich sie in den verfloßenen vier Wochen geleitet habe.

Es folgt darauf die Wahl des ersten Vicepräsidenten. Es sind abgegeben 282 Stimmentzettel, davon 5 unbeschriebene, absolute Majorität 139. Es haben erhalten der Abg. Stabenhagen 157, Holzappel 97, v. Hoyerbed 10, v. Bonin 5, Walde 3, v. Weidemeyer 2, v. Bodum-Dolffs 2, Gneist 1 Stimme.

Abg. Stabenhagen ist somit zum ersten Vicepräsidenten gewählt und nimmt die Wahl mit einigen Worten des Dankes an.

Bei der Wahl des zweiten Vicepräsidenten werden abgegeben 257 Stimmentzettel, darunter 5 weisse, also giltig 252, absolute Majorität 127. Es erhielten Abg. v. Bonin 150, v. Wandenburg 92 Stimmen, die übrigen zerstreuten sich. Abg. v. Bonin ist somit zum zweiten Vicepräsidenten gewählt und dankt für die Uebertragung des, ebenso mühevollen als ehrenvollen Amtes.

Es folgen Wahlprüfungen. Abg. v. Eichhorn referirt über die Wahlen im 8. pofener Wahlbezirk. Abg. Rohden über die Wahlen im Regierungsbezirk Minden und im 1. und 2. Stralsunder Wahlbezirk. Sämmtliche Wahlen wurden für gültig erklärt.

Ref. Abg. Rohden berichtet darauf über die Wahl im breslauer Wahlbezirk Orlau-Wrieg und wird auf seinen Antrag die Wahl des Abg. Hoffmann für gültig erklärt.

In Betreff der Wahl des Abg. v. Eide sind einige Unregelmäßigkeiten vorgekommen. Er hat eine Stimme über die absolute Majorität. Es sind vor der Wahl, von dem Commissar beauftragt, zwei Beisitzer aufgetreten, welche vor den Urwählern einen Leitartikel aus dem Amtsblatt verlesen und dazu Erläuterungen „nur im ministeriellen Sinne“ gegeben haben gegen die Bestimmungen des § 27 der Wahlordnung, nach welchen Diskussionen bei der Wahlhandlung verboten sind. Es haben dann von 28 Urwählern 16 conservativ gewählt in der dritten Abtheilung. Trotzdem trägt die Abtheilung darauf an, die Wahl für gültig zu erklären, da man nicht annehmen könne, daß alle 16 Wahlen beeinflusst seien, auch nicht constatirt werden könne, wie viele beeinflusst seien. Zu erwähnen ist noch, daß ein Protest gegen vier Urwahlen eingegangen war, welcher nicht vor der Abgeordnetenwahl vorgebracht wurde. Nach Abzug dieser vier Stimmen ist die absolute Majorität nicht erreicht! — Die Commission beantragt trotzdem mit 19 gegen 13 Stimmen die Gültigkeit der Wahl.

Abg. Effe stellt den Gegenantrag: die Wahl der 16 Wahlmänner und des Abg. v. Eide für ungültig zu erklären, weil die Beeinflussung offenbar sei aus dem beabsichtigten Erfolge derselben und weil direct gegen den § 27 der Wahlordnung gefehlt sei.

Abg. v. Binde (Hagen) behauptet, eine Discussion habe durchaus nicht stattgefunden; es sei nur ein einfacher Vortrag und eine Erklärung dazu gegeben worden. Zahlen seien ferner im Referat nicht angegeben, aber wenn 200 Stimmen abgegeben worden, so ist absolute Majorität 101; nun hätte der Abg. also 102 Stimmen; würden davon 4 abgezogen, so hätten wir 106 Stimmen, absolute Majorität 98 (Heiterkeit) und von den 102 Stimmen die 4 abgezogen bleiben 98, also noch absolute Majorität (Heiterkeit). Die Wahl ist also für gültig zu erklären.

Ref. Abg. Rohden trägt die Angabe der Zahlen nach; abgegeben waren 380 Stimmen, absolute Majorität 191; es hatte Herr v. Eide 191, Herr Hoffmann 185 Stimmen.

Abg. Effe wendet sich gegen Hrn. v. Binde, dessen Erklärung von Discussion nicht zutrafte; diese sei vorhanden, sobald Jemandem überhaupt das Wort gegeben wird. Ebenso weist er das Rechenexempel als falsch nach.

Abg. Graf v. Bethusy-Huc macht darauf aufmerksam, man müsse ganz objectiv verfahren bei solchen Untersuchungen; die Ungültigkeitserklärung würde auch keinen Erfolg haben, da die Urwähler aus Eitelkeit, um selbstständig zu erscheinen, eben wählen würden als früher.

Abg. v. Hennig wendet sich ebenfalls gegen den Commissionsantrag und gegen die Erklärungen von „Discu fin“ und das Grempel des Abg. v. Binde. Es sei klar, daß geclliche Bestimmungen verlegt seien.

Abg. Graf Schwerin (für Gültigkeit der Wahl): Allerdings hat eine Verlegung des Wahlgesetzes stattgefunden durch die gehaltenen Reden; aber dies kann die Ungültigkeit der Wahlen nicht veranlassen. Wenn durch Drohungen oder Versprechungen Seitens der Regierungsgewalt Einfluß auf die Wähler geübt worden wäre, würde auch ich die Wahlen für ungültig erklären. Eine Rede des Wahl-Commissarius aber ist doch etwas ganz Anderes und für mich kein Grund, die Wahlen für ungültig zu erklären.

Abg. Dr. Hammacher (für die Ungültigkeit der Wahl): Nach der Deduction des Herrn Vorredners sollte man annehmen, daß er gerade für die Ungültigkeit der Wahl stimmen müsse; denn die Wahlmännerwahlen müssen ungültig sein, da sie das Resultat einer Beeinflussung, und zwar durch den

Wahl-Commissarius selbst sind. — Es sind außerdem ausdrückliche Vorschriften des Wahlgesetzes verlegt worden.

Der Schluß der Debatte wird darauf angenommen.

Abg. Graf Bethusy-Huc macht eine persönliche Bemerkung gegen den Abg. v. Hennig.

Abg. Dr. Kofch constatirt, nachdem er zur Geschäftsordnung das Wort erhalten, daß der Referent eine in der Abtheilung gefasste Resolution dem Hause nicht mitgetheilt habe, die dahin ging, „daß das Haus öffentlich seine Mißbilligung über das bei dem Wahlact beobachtete Verfahren aussprechen und das Ministerium auffordern möge, die betr. Vorgänge zu rügen und dahin zu wirken, daß solche Unregelmäßigkeiten nicht wieder vorkommen.“

Der Referent Abg. Rohden räumt dies ein und verliest die betreffende Resolution.

Der Präsident eröffnet darauf die Debatte wieder, da nunmehr noch ein neuer Antrag der Commission vorliegt.

Abg. Graf Bethusy-Huc stellt den Antrag, die Sache nochmals an die Abtheilung zurückzuverweisen, da noch nicht Alles klar sei. — Der Antrag wird jedoch nicht hinreichend unterstützt.

Abg. Fottwell spricht für Gültigkeit der Wahl, da materielle Wahlbeeinflussungen nicht vorliegen, sondern nur formelle Versehen.

Abg. Berger (Solingen) erklärt sich entschieden für die Ungültigkeitserklärung der Wahlen, da ausdrückliche Drohungen gegen die nicht conservativen Wählenden gerichtet worden wären. Er recapitulirt die Sachlage und beruft sich auf mehrere Präcedenzfälle bei Wahlprüfungen aus den Jahren 1852 und 1855, wo das Haus derartige Wahlbeeinflussungen entschieden zurückgewiesen habe.

Der Schluß wird angenommen.

Es folgen verschiedene persönliche Bemerkungen der Abg. Graf Schwerin, v. Hennig, Dr. Michalis, v. Fottwell, die zum Theile die Heiterkeit des Hauses erregen.

Nach einer kurzen Bemerkung des Referenten wird zur Abstimmung geschritten.

Der Präsident ersucht diejenigen, die die Wahl für gültig erklären wollen, sich zu erheben. — Für die Gültigkeit erheben sich nur die Conservativen und Ultraliberalen; da jedoch dem Bureau das Resultat zweifelhaft ist, wird die Zählung vorgenommen; sie ergibt 132 für die Gültigkeit, 133 gegen dieselbe.

Es geht nunmehr von conservativer Seite der Antrag auf namentliche Abstimmung ein. — Es werden hierbei abgegeben 266 Stimmen; mit ja (für Gültigkeit der Wahl) stimmen 132; mit nein 134. — Die Wahl des Abg. v. Eide ist somit für ungültig erklärt; es wurde darauf auch die Wahl von 4 Wahlmännern für ungültig erklärt und die von der Commission vorgeschlagene Resolution angenommen.

Schluß der Sitzung 4 Uhr. Nächste Sitzung morgen (Freitag) 10 Uhr. Tagesordnung: Annerionsvorlage. — Nächsten Dienstag gleichfalls Sitzung. Tages-Ordnung: Reichswahlgesetz.

O. K. C. [Die vereinigten Commissionen für Handel und Finanzen] des Abgeordnetenhauses setzten am Mittwoch Nachmittag ihre Verhandlungen über die Verordnung, betreffend die Errichtung der Darlehnskassen fort. Das Staatsministerium war vertreten durch den Regierungs-Commissar Geh. Finanzrath Wollny.

Die Abg. v. Nordenflicht und v. Köller brachten beide Amendements ein, welche darauf gerichtet sind, die Genehmigung der Verordnung in dem Gesetze auszusprechen.

Der Vorlesende Abg. v. Bonin legte gleichfalls ein Amendement vor, das dahin geht, die Verordnung bis zum 30. September d. J. für gültig zu erklären, vom 1. October d. J. ab aber die weitere Ausgabe von Darlehnskassenscheinen aufzuheben und die ganze Einrichtung der Darlehnskassen bis zum 30. März 1867 zum Abschluß zu bringen.

Diese drei Amendements wurden jedoch von den Abg. Dr. Becker, Reichenheim und dem Ref. v. Hennig lebhaft bekämpft, dagegen die auf sofortige Schließung der Kassen gerichtete, empfohlen; man wolle dagegen zu gleicher Zeit mit der Ungültigkeitserklärung der Verordnung die Indemnität dafür im Tenor des Gesetzes aussprechen. — Da auch der Regierungs-Commissar Wollny diese letzteren, in unserem früheren Berichte schon mitgetheilten Amendements für annehmbar erklärte, wurden die drei Antragsteller aufgefordert, sich über einen einzigen Antrag zu vereinigen, welcher für die andere Verabreichung als Grundlage dienen soll.

O. K. C. [Die Anleihe-Commission.] Die Commission zur Verabreichung des Ges. Entw. betr. den außerordentlichen Geldbedarf der Militär- und Marine-Verwaltung, hat gestern Abend die General-Discussion geschlossen und wird in ihrer nächsten, noch nicht anberaumten Sitzung zur Special-Discussion schreiten. In der gestrigen Sitzung waren nur Vertreter des Finanzministeriums anwesend, der Kriegsminister und sein Commissarius waren entschuldigt.

Neue Amendements sind eingegangen vom Abg. Hübner.

Derselbe will im § 1 des Ges. Entwurfs die Ermächtigung zur Erhebung einer verzinslichen Anleihe von 60 Millionen Thalern auszusprechen und die Anführung der Quellen, aus denen nach dem Ges. Entwurfe die Kriegskosten genommen werden sollen, streichen. Im § 5 will der Antragsteller die Summe der auszugebenden Kassenscheine auf 30 Millionen festsetzen. Ueber die Ausführung des Gesetzes (§ 7 des Ges. Entwurfs) will Herr Hübner die Rechnung bis zur nächsten ordentlichen Zusammenkunft des Landtags von 1867—68 verschieben.

Abg. Birchow gab eine ausführliche Beleuchtung der gesetzlichen Stellung des Staatschazes im Budget und kam zu dem Schluß, daß dem Staatschaz außer den ihm durch die Gesetze von 1820 und 1826 gebührenden Einnahmen keine anderen als durch Gesetz überwiesen werden dürfen. Daraus folge, daß im Gesetz über die Anleihe eine besondere Bestimmung über die dem Staatschaz zuweisende Summe ebenso wie über deren Verwendung aufgenommen werden müsse. Ebenso dürfe über die Erfüllung der Grundsteuer-Regulirungskosten aus den Kriegskosten-Erschließungen oder der Anleihe nur durch besondere gesetzliche Bestimmungen verfügt werden. Die Forderungen von 1,800,000 Thlr. für die General-Staatskasse, ebenso die für Panzerschiffe, Befestigungen von Kiel und für Retablissements der Armee seien nicht alle für dieses Jahr bestimmt, dafür und über ihre Höhe fehle der Nachweis; man müsse manche von diesen Forderungen aus dem Extraordinarium des nächsten Jahres verweisen und jetzt nur soviel bewilligen, als das Bedürfnis des laufenden und des Anfangs des nächsten Jahres sei. Er werde deshalb, vorbehaltlich einiger zu machenden Abänderungsvorschläge, für den Hagenschen Verbesserungsantrag stimmen.

Reg.-Commissar Mölle erwidert: Wegen Uebernahme der Grundsteuer-Regulirungskosten auf den Staat habe der Finanzminister bereits ein besonderes Gesetz vorgelegt. Die aus den Beständen der General-Staatskasse genommenen 1,800,000 Thlr. müssen dieser zurückgestellt werden, weil sie darin fehlen. Zwei Panzerschiffe sind bereits im vorigen Jahre bestellt, Umstände hatten ihre Fertigstellung beschleunigt und 5 von den 6 stipulirten Raten würden noch in diesem Jahre gezahlt werden müssen. Das dritte Panzerschiff sei der preussischen Regierung zum Kauf angeboten, da die Regierung, welche es bestellt, durch Umstände dahin gekommen sei, es wieder zu veräußern; der Kauf sei vortheilhaft und könne bald effectuirt werden. Wenn die Retablissementsgelder nicht in voller Summe in einem Jahre gebraucht würden, so müßten sie doch in ein Gesetz über Vortreibung der Kriegskosten aufgenommen werden. Bis Ende August seien 59 Millionen Thaler für den Krieg gebraucht, 25 Millionen seien noch vorhanden und 34 Millionen am Steuer-Credit zu erheben u. s. w. Auf den Verlauf der Eisenbahnactien lasse sich nur allmählich rechnen. Nach der Beschaffenheit des Geldmarktes wären monatlich ohne Verlust höchstens für 1 Million Rbln-Minorire Actien zu verkaufen und wenn das Geschäft mit der weisfälligen Eisenbahn zu Stande käme, dann würden doch Monate vergehen, bevor die Actien angefertigt wären.

Abg. Stabenhagen stellt sich auf den allgemeinen Standpunkt und will dem Ministerium unter den jetzigen politischen Verhältnissen ein glänzendes Vertrauensvotum als Demonstration für die zwischen Regierung und Volksvertretung hergestellte Einigung geben.

Abg. Hagen findet gesetzliche Bestimmungen über den Staatschaz in so vielen gesetzlichen Acten und Verordnungen, daß er keinen Zweifel hat, daß der Volksvertretung über Einnahmen und Ausgaben des Staatschazes ein

Bewilligungsrecht zusteht. Solche Bestimmungen finden sich u. a. in einer Cabinetsordre an die Oberrechnungskammer von 1862, in dem Gesetz über Verwendung der Anleihe von 1859, im Gesetz von 1857 über präcludirte Kassenanweisungen, in verschiedenen Etats, bei denen ein Deficit vorkam; einmal sei noch dem Abgeordnetenhaus eine Vorlage über Einnahmen und Ausgaben aus dem Staatschaz gemacht; daß der Staatschaz ausschließlich Kriegsschaz sei, lasse sich aus dem Gesetz nicht begründen und widerspreche auch der Geschichte des Staatschazes. Uebrigens bedauere er, daß die Commission von ihrer nächsten Aufgabe ab- und auf principielle Debatten über den Staatschaz übergegangen sei, welche nur zur Aufhebung alter Conflicte führen könnten. Wenn er nach den von der Regierung vorgelegten Nachweisungen die Frage nach dem Bedürfnis einer Anleihe stelle, so müsse er sie mit gutem Gewissen verneinen. Im Einzelnen scheinen ihm die Umschlüsse zu hoch, Anleihen für Panzerschiffe, Festungen, Häfen müßten besonderen Gesetzen vorbehalten bleiben und man müßte wissen, woher die Deckungsmittel für die neue Anleihe kommen sollten.

Reg.-Comm. Mölle stellt für letztere eine Regelung durch Gesetz in Aussicht und wiederholt, daß nicht eine Anleihe von 60 Millionen gemacht werden solle, sondern nur ein Credit bis auf diese Höhe gefordert sei, der nur nach Bedürfnis werde in Anspruch genommen werden.

Abg. v. Hoyerbed stellt dem die Rücksicht auf eine sparsame Haushaltung gegenüber, die stets wissen müsse, woher sie die Kosten zur Bezahlung eines neuen Credits nehme. Dem Staatschaz beabsichtige er nicht mehr als die 5% Mill. Thaler zuzuwenden, welche demselben für Regulirung der Grundsteuer entnommen seien. Zu mehr könne er sich nur verstehen, wenn die im Antrage des Referenten enthaltenen Cautelen über den Staatschaz von der Regierung angenommen würden. Sodann wünscht er zu wissen, welchen Werth die Regierung auf die von ihr vorgelegte Nachweisung lege, aus der sie doch keine Berechtigung zu Ausgaben herleiten könne. Ferner, welche Entschädigungsgelder von Sachsen und Hessen zu erwarten, welche Kassenbestände in den eroberten Ländern gefunden, welche Summen für Panzerschiffe, Festungen, Retablissements u. c. im laufenden Jahre nöthig seien?

Reg.-Comm. Mölle erklärt, daß die Nachweisung nur zur Instruction für die Commissionsmitglieder dienen sollte. Aus den annectirten Ländern sei kein Pfennig in die preussische Kasse geflossen, auch sei davon wenig zu erwarten, weil auch jene Länder mobil gemacht und große außerordentliche Ausgaben gehabt hätten. Im übrigen wiederholt er frühere Mittheilungen.

Abgeordneter Hübner stellt sich politisch auf den Standpunkt des Abg. Stabenhagen und spricht für den Regierungsantrag mit seinen Amendements.

Referent Roepell hält seinen Antrag in allen Stücken aufrecht.

Damit ist die Generaldiscussio geschlossen und es wird in die Specialdebatte eingetreten, dieselbe wegen vorgeschrittener Zeit aber gleich bei § 1 bis auf die nächste Sitzung vertagt.

Vom Abg. Birchow ist noch der Antrag eingegangen, an Stelle des § 1 der Regierungs-Vorlage und des Antrages des Referenten folgende §§ zu setzen: „§ 1. Die durch den Krieg gegen Oesterreich und in Deutschland veranlaßten außerordentlichen Ausgaben bis zum Ende des Monats August werden, vorbehaltlich der Rechnungslegung, bis auf Höhe von 59 Millionen Thalern nachträglich genehmigt. — § 2. Der Kriegs- und Marineminister wird zu weiteren außerordentlichen Ausgaben im Laufe des Jahres 1866 für Zwecke der Militär- und Marineverwaltung bis auf Höhe von 35 Millionen Thalern ermächtigt.“

[Verichtigung.] In der O. K. C. war berichtet worden, daß auch Herr Drabich (erster Abg. des neise-grottau-er Wahlkreises) gegen die Indemnität gestimmt habe. Das ist ein Irrthum, wie die in den stenographischen Bericht übergegangene amtliche Abstimmungsliste ergibt; Herr Drabich hat für die Indemnität gestimmt.

Berlin, 6. Sept. [Amtliches.] Se. Maj. der König hat dem Bürgermeister A. D. Sternberg zu Dargarten, im Kreise Franenburg, den königlichen Kronen-Orden vierter Classe und dem Jäger Carl Streich, vom Brandenburgischen Jäger-Bataillon Nr. 3, die Rettungs-Medaille am Bande verliehen. Die Wahl des ordentlichen Professors der medicinischen Facultät, Geheimen Medicinal-Raths Dr. v. Langenbeck, zum Rector der Friedrich-Wilhelms-Universität in Berlin für das Universitätsjahr vom Herbst 1866 bis dahin 1867 bestätigt; sowie den Regierungs-Rath Haack zu Danzig zum Geheimen Revisions-Rath und Mitglied des Revisions-Collegiums für Landes-Cultur-Sachen ernannt.

[Belanntmachung.] Unter Bezugnahme auf den § 17 der allerhöchsten Verordnung vom 18. Mai d. J. (Gesetz-Sammlung Seite 227) wird hierdurch bekannt gemacht, daß am 31. August d. J. 9,968,970 Thaler in Darlehns-Kassenscheinen im Umlauf gewesen sind.

Berlin, den 5. September 1866.

Der Finanz-Minister von der Heydt.
Der mit der Verwaltung der zweiten Militär-Baubeamten-Stelle in Berlin betraute Baumeister Steuer ist zum königlichen Landbaumeister ernannt worden. (St.-Anz.)

△ Berlin, 6. September. [Die Wahl des Herrn v. Eide.] Die Urwahlen, wegen denen das Mandat des Herrn v. Eide angefordert und kassirt wurde, haben in Sackerau stattgefunden. Der Oberamtmann Friedrich Richter war Vorsitzender und er gab vor der Wahl dem Pfarrsubstituten Winkler das Wort zur Verlesung des Amtsblatt-artikels und demnach dem Organisten Herrmann zu einer Ansprache. Winkler, Herrmann, Richter und ein Erbholz des Ortes sind demnach auch zu Wahlmännern gewählt worden. Im Wahlprotocoll steht nichts von diesen Dingen, aber der Richter hat dem Wahlcommissar (für die Abgeordnetenwahl) davon in einem Privatbriefen Mittheilung gemacht, in dem er einräumt, daß der Wahlausruf in seinem Auftrage verlesen worden, worauf der Herrmann „nur einige erläuternde Bemerkungen und zwar nur im königlichen Sinne“ hinzugefügt habe. Er schließt seinen Brief mit der Versicherung: „die drei außer mir Gewählten sind echt conservative Männer“. Der Wahlcommissar referirte Richtern, die Sache sei nicht zum Vortrag an die Wahlmännerversammlung geeignet und er lege sie ad acta. An die Kammer ist sie durch einen Protest zweier der Urwähler gelangt, den Laßwitz eingebracht hat. — Bei der Nachwahl wird v. d. Leeden wieder candidiren.

[Die französischen Gesandten an den Höfen der annectirten Staaten] haben bereits Befehl zur Abreise erhalten. Dasselbe ist auch bezüglich der übrigen Diplomaten der Fall. In der diplomatischen Welt haben die Veränderungen in Deutschland eine Stockung hervorgerufen, der ähnlich, welche das Aufhören des Krieges in einer Armee erzeugt. Mehrere Gesandte und zahlreiche Secretäre ersten, zweiten und dritten Ranges treten außer Function und mit den Beförderungen wird es etwas langsamer gehen.

Elbing, 4. Septbr. [Presproceß.] Gestern wurde von der hiesigen Criminal-Deputation der Verleger des „Neuen Elbinger Anzeiger“ wegen Verleumdung des Ministeriums zu 14 Tagen Gefängnis verurtheilt. Den Grund der Anklage bildete das von Bruch verfaßte und in dem genannten Blatte abgedruckte Gedicht „Mai 1866“. Die Staatsanwaltschaft hatte durch Zusammenstellung einzelner Verse in demselben eine Majestätsbeleidigung gefunden.

Deutschland.

Frankfurt a. M., 4. Sept. [Der gesetzgebende Körper. — Requisitionen.] Der ständigen Bürgerrepräsentation in der gesetzgebenden Versammlung ist durch Vermittelung des Senats von dem preussischen Civilcommissarius eine Vorlage, beziehungsweise ein Beschluß zugesertigt worden, worin die Reconstitution dieser Bürgerchaften als Gemeindebehörden ausgesprochen ist. Beide sind ihrer politischen Eigenschaften vollständig entkleidet und werden demnach nur zur Entscheidung

